Kommunikationskonzept Kanton Solothurn

Dezember 2002

Teil 4 – Informationsrichtlinien

Diese Richtlinien sind gültig für alle Bereiche der Information der Öffentlichkeit durch Organe der staatlichen Verwaltung. Sie umfassen Text- und Bildveröffentlichungen in Publikationen, Präsentationen an Veranstaltungen (einschliesslich Tagungen und Messen), das Erscheinungsbild und weitere offizielle Auftritte in der Öffentlichkeit.

1. Die Information soll in erster Linie darauf ausgerichtet sein, das staatliche Wirken in der Öffentlichkeit verständlich zu machen. Regierungsrat und Verwaltung informieren von sich aus oder auf Anfrage die Öffentlichkeit aktiv, offen, umfassend und frühzeitig über ihre Tätigkeit. Dabei orientieren sie auch über erkannte Mängel in der staatlichen Leistungserbringung. Sie nutzen dazu alle relevanten Kommunikationsmittel (Fax, e-mail, Internet usw.)
2. Die Öffentlichkeitsarbeit unterliegt nur dort Einschränkungen, wo Geheimhaltungspflichten, wie insbesondere im Bereich Sozialversicherung, oder eine Interessenabwägung zugunsten entgegenstehender öffentlicher oder schutzwürdiger privater Interessen Ausnahmen erfordern.
3. a) Die Departemente organisieren die Öffentlichkeitsarbeit. Sie sorgen für eine rechtzeitige und mediengerechte Information. Sie sind die Kontaktstelle zu den Medien und zum Medienbeauftragten des Regierungsrates. Innerhalb der Departemente können auch auf Amtsstufe eigene Medienbeauftragte bezeichnet werden.

b) Bei der Abgabe von Erklärungen ist zwischen Auskünften ausschliesslich sachlich-technischer Natur und Aussagen mit politischem Gehalt zu unterscheiden.

Aussagen mit politischem Gehalt, insbesondere Absichtserklärungen die für das Departement bindend sind, müssen mit dem Departementsvorsteher vorgängig abgesprochen sein. Wer diese politische Auskünfte erteilt regeln die Departemente selber.

Die Vorsteher von Ämtern und Anstalten bezeichnen ihrerseits Sachbearbeiter, die befugt sind, Sachauskünfte zu erteilen bzw. auch Statements für elektronische Medien abzugeben.

c) Wer das Departement oder ein Amt an Informationsveranstaltungen repräsentiert, entscheiden – auf der jeweiligen Stufe – der Departementschef oder der jeweilige Amtschef. (Radio- und Fernsehsendungen, Round-Table-Gespräche, Referate an öffentlichen Versammlungen usw.)

d) Die im Departement für die Öffentlichkeitsarbeit zuständigen Personen können den Medienbeauftragten des Regierungsrates als Berater beiziehen. Gleiches gilt für Aemter.

4. Die Departemente, und mit deren Zustimmung die Ämter und Anstalten, orientieren inhaltlich über die Erfüllung ihrer Aufgaben selbständig. Sie nehmen vor der Terminierung von Medienveranstaltungen mit dem Medienbeauftragten des Regierungsrates eine Terminabprache vor. Dieser führt für die gesamte Verwaltung eine Medienterminliste.

Medienmitteilungen, Jahresberichte, Dokumentationen, Einladungen an die Medien usw. werden nur durch die Staatskanzlei verschickt. Die Staatskanzlei führt eine Medienadressliste (Fax, Post und e-mail).

Die Staatskanzlei sorgt auch für die Aufschaltung der entsprechenden Medienmitteilungen aufs Internet.

5. Medienveranstaltungen des Regierungsrates werden durch den Medienbeauftragten des Regierungsrates unter Mitwirkung des entsprechenden Amtes und unter Bezug der Staatskanzlei organisiert.
6. a) Medienschaffende, die von der Staatskanzlei regelmässig mit Informationen bedient werden wollen, müssen ein Akkreditierungsgesuch an die Staatskanzlei stellen. Diese bewilligt diese grundsätzlich. Darauf basierend führt die Staatskanzlei ein Medienverzeichnis. Dieses gilt als Normalverteiler, soweit nicht ausnahmsweise aus regionalen Gründen eine Beschränkung gerechtfertigt ist.

b) Die Departemente und Aemter dürfen Medienmitteilungen und weitere Informationen nur über den Verteilerservice der Staatskanzlei verbreiten lassen.
7. a) Medienmitteilungen sollten in der Regel zwei Seiten des Dokumentenstandards Medienmitteilung nicht übersteigen. Sie sind für Rückfragen von Medienschaffenden mit dem Namen des jeweiligen Ansprechpartners, seiner Telefonnummer und ev. Angaben über seine Erreichbarkeit zu versehen. Zwecks Einhaltung eines minimalen journalistischen Standards haben die Departemente und Aemter ihre Medienmitteilungen dem Medienbeauftragten des Regierungsrates zu unterbreiten. Er kann – nur in Absprache mit den Verfassern – redaktionelle Aenderungen vornehmen.

b) Für jede Medienkonferenz, die von staatlichen Stellen organisiert wird, sind Unterlagen vorzubereiten, die anerkannten journalistischen Grundsätzen entsprechen und von den Medienschaffenden ohne erhebliche zusätzliche Redaktion übernommen werden können. Sie können mit einer Dokumentation ergänzt werden.

8. In besonderen Fällen können Informationen auch auf anderen Kanälen als durch Medienmitteilungen verbreitet werden. Für die Internetauftritte der Verwaltung sind die Staatskanzlei, die einzelnen Departemente und Ämter selber zuständig. Sie haben sich aber an das vom Regierungsrat vorgegebene Konzept zu halten. Der Medienbeauftragte des Regierungsrates ist für die „Supervision“ des Internetauftritts der Verwaltung zuständig.

9. Botschaften und Berichte der Regierung an den Kantonsrat werden, soweit sich dies mit den medienpolitischen Grundsätzen verträgt, gleichzeitig an die Medien und an die Mitglieder des Kantonsrates versandt. Die akkreditierten Medien erhalten die gleichen Unterlagen wie die Mitglieder des Kantonsrates.

10. Für alle Drucksachen gilt in Fragen des „Corporate Design“ der Regierungsratsbeschluss Nr. 156 vom 18. Januar 2000.

11. Die Medienarbeit des Kantonsrates und seiner Kommissionen erfolgt unabhängig von derjenigen der Verwaltung. Die dafür benötigte logistische Infrastruktur der Staatskanzlei steht dafür vollumfänglich zur Verfügung.

12. Die Kommunikationsarbeit der Polizei ist besonders geregelt und wird durch die Medienstelle der Polizei des Kantons Solothurn selbständig betreut.